

Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen

Veranstalter: Julia Bee / Lilli Hallmann / Franziska Klemstein / Jannik Noeske / Jörg Paulus, Forschungsprojekt „Die Geschichte der Bauhausstraße 11“, Bauhaus-Universität Weimar; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Datum, Ort: 29.09.2022 - 30.09.2022, Weimar

Bericht von: Lilli Hallmann, Forschungsprojekt „Die Geschichte der Bauhausstraße 11“, Bauhaus-Universität Weimar

Im Rahmen der Tagung kamen Forscher:innen verschiedener Disziplinen zusammen, um über Formen und Praktiken von Täterschaft im Kontext der NS-Gesundheitspolitik zu debattieren, aber auch, um über Formate des Erinnerns an im Namen des NS-Gesundheitswesens begangene Verbrechen nachzudenken¹.

Die Tagung machte erneut auf die Rolle aufmerksam, die das Gebäude in der heutigen Bauhausstraße 11 (seit 1997 Sitz der Fakultät Medien der Bauhaus-Universität Weimar) während der nationalsozialistischen Herrschaft und insbesondere für die Gesundheitspolitik im damaligen NS-Gau Thüringen spielte. Es gilt als erster Neubau eines nationalsozialistischen Verwaltungsgebäudes in Weimar. Den Bauauftrag für das sogenannte Thüringer Ärztehaus hatte die Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands (KVD) gegeben, die im Nationalsozialismus als Standesorganisation der nationalsozialistischen Ärztinnen und Ärzte fungierte und die die im Nationalsozialismus verfolgten Mediziner:innen entrechtete. Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind hinsichtlich des Gebäudes wechselhafte Besitzverhältnisse zu verzeichnen. Ab den 1950er-Jahren nutzte es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als Schulungsstätte, ab den 70er-Jahren dann der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend. Weitere zwanzig Jahre später wurde das Haus der demokratisch neugegründeten Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen rückübertragen. Seit 1997 vermietet diese die Räumlichkeiten an die Bauhaus-Universität Weimar.

Das Projekt „Die Geschichte der Bauhausstraße 11“ fokussiert bei der Erforschung der

Historie die NS-Vergangenheit des Gebäudes. Ziel ist es, an diesem ehemaligen bürokratischen Täterort Erinnerungsmedien zu etablieren, da es dort bisher keine dauerhaft informierenden oder anderweitig kritisch begleitenden Medien gibt.

LILLI HALLMANN (Weimar) begrüßte die Anwesenden im Namen des Forschungsprojektes. JUTTA EMES (Weimar) betonte in ihrem Begrüßungswort die Relevanz des Themas an der Bauhaus-Universität Weimar und darüber hinaus. JÖRG METZ (Weimar) begrüßte die Anwesenden im Namen der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen. Er ging auf die Aufgaben und Zuständigkeiten von Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen ein und sprach darüber, wie sie im Nationalsozialismus für die Entrechtung verfolgter Ärztinnen und Ärzte missbraucht wurden. Zudem gab er einen Einblick in die wechselhaften Besitzverhältnisse des Gebäudes nach der Befreiung im Jahr 1945 bis zur Rückübertragung an die Ärzteorganisation Anfang der 1990er-Jahre.

JULIA BEE (Siegen), die bis Mai 2022 die Leitung des Forschungsprojektes innehatte, erinnerte daran, dass es Studierende und einige wenige Mitarbeitende der Bauhaus-Universität Weimar gewesen waren, die vor rund drei Jahren Anstoß an dem völkischen Bildprogramm der noch heute im Treppenhause der Fakultät Medien erhaltenen Bleiglasfenstern genommen und auf die Notwendigkeit der Aufarbeitung der Gebäudehistorie hingewiesen hatten. Sie verwies zudem darauf, dass der Frage nach Medien des Erinnerns auch an weiteren Standorten der Bauhaus-Universität Weimar nachgegangen werden muss, namentlich an der Marienstraße 13/15, wo sich derzeit der Sitz der Fakultät Bauingenieurwesen befindet. In diesem Gebäude war im Nationalsozialismus das sogenannte Thüringische Landesamt für Rassewesen ansässig. Die Mitarbeitenden dieses NS-Amtes erhoben massenhaft sensible Daten der thüringischen Bevölkerung, auf deren Basis NS-ideologische Gutachten erstellt wurden, die wiederum als Le-

¹Weitere Informationen zum Forschungsprojekt „Die Geschichte der Bauhausstraße 11“: <https://www.uni-weimar.de/de/medien/forschung/die-geschichte-der-bauhausstrasse-11/>.

gitation für die systematische Durchführung von Zwangssterilisierungen im damaligen NS-Gau Thüringen dienten. Auch an diesem ehemaligen Täterort existiert bisher kein dauerhaftes Informationsmedium. Zudem spielte Bee auf die Geschichte des Gebäudes an, in dem sich heute der Sitz des Kanzlers der Bauhaus-Universität Weimar befindet. Hier wurde im Nationalsozialismus die jüdische Familie Fleischer-Alt enteignet, später wurden andere Jüdinnen und Juden von der Gestapo zum Einzug in das Haus zu einem Leben unter erniedrigenden Umständen gezwungen. Niemand von den Bewohner:innen überlebte das NS-Regime, manche wurden in den Suizid getrieben, die anderen deportiert.

JANNIK NOESKE (Weimar), der sich ebenfalls von Beginn an für die Einrichtung eines Forschungsprojektes zur Geschichte des Gebäudes in der heutigen Bauhausstraße 11 eingesetzt hatte, machte darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Tagung auch daran erinnert werden soll, dass vor genau 84 Jahren, am 30. September 1938, jüdischen Ärztinnen und Ärzten die Approbation von den Nationalsozialisten entzogen wurde. Die Landesstelle Thüringen der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands sowie deren Bezirksstelle in Weimar, die Ärztekammer Thüringen als Teil der Reichsärztekammer und viele weitere Institutionen, die im ehemaligen Thüringer Ärztehaus ansässig waren, hatten sich in hohem Maße an der Realisierung jener antisemitischen Verordnung beteiligt.

REBECCA SCHWOCH (Hamburg) kontextualisierte das Thema des Approbationsentzugs, indem sie die stufenweise Entrechtung jüdischer und anderweitig verfolgter Ärzt:innen im Nationalsozialismus erläuterte. Eindringlich ging sie auf demütigende Maßnahmen ein wie jene, dass sich die betroffenen Ärztinnen und Ärzte nur noch als „Krankenbehandler“ bezeichnen und ausschließlich jüdische Patient:innen behandeln durften. Dies mussten die betroffenen Mediziner:innen in Form eines Schildes öffentlich kenntlich machen, das die Aufschrift trug: „Nur zur Behandlung von Juden berechtigt“. Nicht zuletzt verdeutlichte Schwoch, in welchem Ausmaß Ärzt:innen an der Enteignung und Verfolgung ihrer Berufskolleg:innen be-

teiligt und dafür verantwortlich waren. In der sich anschließenden Diskussionsrunde wurde die Notwendigkeit betont, dass die Unrechtsgeschichte des NS-Gesundheitswesens Bestandteil des Medizinstudiums sein müsse.

DOROTHEE SCHLÜTER (Weimar) skizzierte, inwiefern das Thema NS-Zwangsarbeit mit dem ehemaligen Gauforum in Weimar in Verbindung steht. So sollte Fritz Sauckel, der ab 1942 als sogenannter Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz agierte und unter diesem Titel die Deportation von Millionen von Zwangsarbeiter:innen veranlasste, seinen Amts- und Repräsentationssitz in diesem Gauforum erhalten. Nicht zuletzt aus diesem Grund sei es wichtig, an diesem Ort Aufklärung über das Thema NS-Zwangsarbeit zu betreiben. Schlüter ging zudem auf das Schicksal von schwangeren Zwangsarbeiterinnen im Nationalsozialismus ein, die insbesondere in den letzten beiden Kriegsjahren zum Abbruch der Schwangerschaft gezwungen wurden. Für Weimar sind derartige Fälle beispielsweise für Zwangsarbeiterinnen der Gustloff-Werke nachweisbar. In diesem Zusammenhang verdeutlichte Schlüter, dass auch das ehemalige Städtische Krankenhaus Weimar, das heute eine Polizeidienststelle ist, als Ort der NS-Medizinverbrechen in den Blickpunkt rücken muss, wurden hier doch die Zwangseingriffe vorgenommen.

JENS-CHRISTIAN WAGNER (Weimar) skizzierte die Entwicklung der Gedenk- und Erinnerungskultur in Deutschland nach der Befreiung und ging auf die unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland ein. Er wies darauf hin, dass der Begriff „Erinnerung“ unter Umständen problematisch sein kann. So müsse insbesondere in Hinblick auf Jugendliche als Zielgruppe der Gedenk- und Erinnerungsarbeit bedacht werden, dass die jungen Menschen tatsächlich nicht über ihre eigene Erinnerung einen Bezug zur Vergangenheit herstellen können. Somit muss über andere Formen des In-Beziehung-Tretens mit der Geschichte nachgedacht werden. Es schloss sich eine Diskussion darüber an, ob statt von „Erinnerungsorten“ eher von „Informationsorten“ gesprochen werden sollte. Wagners Beitrag ließ darüber hinaus anklingen, dass Gedenkstätten mitunter mit gesellschaftlichen Aufträgen nahezu überla-

den werden, woraus sich ableiten lässt, dass ein dichtes Netzwerk aus auf unterschiedliche Weise vermittelnden, informierenden, erinnernden und gedenkenden Akteur:innen von großer Bedeutung ist.

ULRIKE HATZER (Salzburg) brachte die Perspektive der künstlerischen Forschung in die Tagung ein. Sie hielt ihren Vortrag im Rahmen einer eigens für die Tagung konzipierten Archiv-Installation, in der den Tagungsgästen Archivalien zugänglich gemacht wurden, mit denen Hatzler im Rahmen des Recherche-theaterprojektes „Nebenan“ gearbeitet hat. Dieses Theaterprojekt untersuchte die Rolle des Braunschweiger AOK-Gebäudes während des Nationalsozialismus – und beschäftigte sich demzufolge ebenso wie das Weimarer Projekt zur Geschichte des ehemaligen Thüringer Ärztehauses insbesondere mit der NS-Bürokratie und ihren Akteur:innen. Durch die Nähe zum historischen und während der Recherche entstandenen Material erhielten die Teilnehmer:innen nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch einen Einblick in das Vorgehen der performativen Aufarbeitung. Hatzers Beitrag war eine Bereicherung für die Tagung. Der Ansatz der szenischen Forschung findet im Rahmen wissenschaftlicher Tagungen noch selten Beachtung, und die Tagung stellte folglich die Frage in den Raum, inwiefern die akademische und künstlerische Forschung insbesondere hinsichtlich des Erinnerungs- und Gedenkdiskurses zusammenarbeiten können.

MANUELA BAUCHE (Berlin) stellte das Forschungsprojekt zur Geschichte der Ihnestraße 22 in Berlin vor, in der das ehemalige Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik seinen Sitz hatte. Insbesondere ging sie auf den Aspekt des Vermittelns ein und stellte in diesem Zusammenhang das Konzept der sensiblen Sichtbarmachung vor. Dazu gehöre beispielsweise der sensible Umgang mit archiviertem Bildmaterial, das ausschließlich die Täterperspektive zeigt und die dargestellten Personen objektiviert und stigmatisiert. Es schloss sich eine Diskussion des Pro und Contra der Veröffentlichung von Opfernamen an. Bauche wies darauf hin, dass die Veröffentlichung der Namen bestimmter Personen oder Personengruppen, die auch heute noch rassis-

tischer Diskriminierung ausgesetzt sind, mitunter verheerende Folgen haben kann. Ob die Namen derjenigen, die im NS verfolgt wurden, öffentlich dargestellt werden sollten, müsse von Fall zu Fall entschieden werden – bestenfalls in Absprache mit Familienangehörigen oder Betroffenengruppen.

VIOLA SCHUBERT-LEHNHARDT (Halle), die sich in ihrer Arbeit mit Frauen- und Geschlechterforschung, Gesundheitspolitik und medizinischer Ethik auseinandersetzt, brachte Ansätze der feministischen Forschung in Beziehung mit dem Diskurs über nationalsozialistische Täter:innenschaft. Dabei verdeutlichte sie, dass Frauen über Handlungsspielräume verfügt hätten, sodass sich ein breites Spektrum an Beteiligungsformen von Frauen an den Verbrechen der NS-Gesundheitspolitik abzeichne. Hierbei ging Schubert-Lehnhardt unter anderem auf die Rolle von Hebammen ein, die zwar innerhalb der Hierarchie des NS-Gesundheitswesens nicht zuoberst standen, jedoch durch ihren engen, konstanten Kontakt zu Schwangeren und Müttern einen enormen Einfluss im Sinne der NS-Ideologie auf diese Bevölkerungsgruppe ausüben konnten.

Yael BARZILAI (Hod HaSharon) war bereits zum zweiten Mal zu Gast an der Bauhaus-Universität Weimar, nachdem sie sich 2018 an einem Master-Seminar zur Geschichte von Bürokratie – speziell zum Medienformat des Formulars – beteiligt hatte. In ihrer Arbeit kontextualisiert sie die Recherche innerhalb des eigenen Familienarchivs mit damit in Zusammenhang stehenden historischen Ereignissen. Diese Suche führte sie unter anderem in das Archiv der Gedenkstätte Buchenwald sowie in die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. Auch in ihrem Vortrag verknüpfte Yael Barzilai die Geschichte ihrer Familie – ihr Großonkel wurde im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten und in der Tötungsanstalt Bernburg ermordet – mit dem Stand der Forschung hinsichtlich des Ermordungsprogrammes „14f13“.

KRISTIN VICTOR (Jena), Lilli Hallmann und JÖRG PAULUS (Weimar, seit Mai 2022 Leitung des Projektes zur Geschichte der Bauhausstraße 11) veranschaulichten in ihrem gemeinsamen Vortrag, dass auch Heilpflanzen

zu Medien der NS-Gesundheitspolitik geworden waren und dass sich hieran exemplarisch zeige, dass es keine „unschuldigen“ Medien gegeben habe. Die Referierenden gingen auf die Verzweigung des Naturschutzgedankens mit der Pharmazie und der NS-Ärzt:innenschaft ein. In der Diskussionsrunde wurde darauf hingewiesen, dass es im NS einen engen Zusammenhang zwischen Ökologie/Agrarwesen und Formen der Gewalt, wie Zwangsarbeit, gegeben habe. So wurden beispielsweise Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau dazu gezwungen, unter brutalen Bedingungen in dem von den Nationalsozialist*innen angelegten Kräutergarten zu arbeiten.

Die Tagung ermöglichte, den im Projekt Die Geschichte der Bauhausstraße 11 gesetzten Fokus auf die Untersuchung des lokalen Netzwerkes auszuweiten und mit überregionalen Perspektiven auf ehemalige Täterorte zu verbinden. Beiträge wie die von Rebecca Schwoch, Manuela Bauche oder Yael Barzilai brachten aber immer auch die Perspektive derjenigen mit ein, die Opfer der NS-Gesundheitspolitik geworden waren und somit Fragen des Gedenkens aufwarfen. Auch hinsichtlich der zukünftigen Erinnerungsmedien in der Bauhausstraße 11 gilt es nun zu fragen – ähnlich wie dies Dorothee Schlüter in Hinblick auf das Konzept des geplanten „Museums Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“ getan hat – inwiefern hier inklusive Erinnerungsmedien geschaffen werden können, solche also, die die heutigen Gebäudenutzer:innen informieren, ohne dabei erneut Ausschlüsse zu produzieren.

Konferenzübersicht:

Dorothee Schlüter / Max Welch Guerra (Weimar): Moderation

Jutta Emes / Jörg Mertz (Weimar): Begrüßung

Julia Bee (Siegen) / Lilli Hallmann (Weimar) / Jannik Noeske (Weimar) / Jörg Paulus (Weimar): Das Forschungsprojekt „Die Geschichte der Bauhausstraße 11“

Rebecca Schwoch (Hamburg): Ärztliche Standes- und Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus

Dorothee Schlüter (Weimar): Das „Museum

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“. Perspektiven auf und für das zukünftige Museum im ehemaligen Gauforum in Weimar

Jens-Christian Wagner (Weimar): Die NS-Gesundheitspolitik und die deutsche Erinnerungskultur: Entwicklungen und Perspektiven

Ulrike Hatzler (Salzburg): Wenn gespielt wird, ist jede Vergangenheit wieder Gegenwart. Performance und Aufarbeitung

Manuela Bauche (Berlin): Die Ihnestraße 22 in Berlin-Dahlem. Einblicke in die Planungen für einen Erinnerungsort zur Geschichte des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (1927–1945)

Viola Schubert-Lehnhardt (Halle/Saale): Zur Verantwortung von Frauen an nationalsozialistischen Verbrechen im Gesundheitswesen – Fallstudien aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt

Yael Barzilai (Hod HaSharon): Each to his fate: „Medical“ murder of nonproductive prisoners of concentration camp Buchenwald under „Aktion 14f13“

Kristin Victor (Jena) / Lilli Hallmann (Weimar) / Jörg Paulus (Weimar): Mikropolitiken der „Volks Gesundheit“. Sammeln und Vermitteln im Umfeld des ehemaligen Thüringer Ärztehauses

Tagungsbericht *Erinnern gestalten. Orte der NS-Medizinverbrechen*. 29.09.2022 - 30.09.2022, Weimar, in: H-Soz-Kult 26.11.2022.